

DerWesten - 04.06.2009

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2009/6/4/news-121778379/detail.html>

CDU

Merz will Merkel wieder die Hand reichen

WE Politik, 04.06.2009, DerWesten

berlin. Der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz hat Parteichefin Angela Merkel wieder eine engere Zusammenarbeit angeboten. Zugleich fordert Merz ein deutlicheres politisches Profil der Union im Bundestagswahlkampf. Ob er als künftiger EU-Kommissar nach Brüssel geht, dazu schwieg Merz.



Der CDU-Politiker Friedrich Merz. Foto: ap

Der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz hat Parteichefin Angela Merkel wieder eine engere Zusammenarbeit angeboten. «Wenn meine Partei der Meinung ist, dass sie wieder mehr Grundüberzeugung braucht, dann bin ich der letzte, der sich einer Mitarbeit in welcher Form auch immer in dieser Partei verschließt», sagte Merz einem Bericht von «Welt Online» zufolge am Mittwochabend im nordrhein-westfälischen Soest.

Gleichzeitig forderte Merz dem Bericht zufolge ein deutlicheres politisches Profil der Union im Bundestagswahlkampf. «Wir haben Wahlen immer nur dann gewonnen, wenn wir klare Positionen eingenommen haben», sagte er. Am Ende würden beim Wähler die Unterschiede entscheiden. Es dürfe kein Koalitionswahlkampf, sondern es müsse ein Richtungswahlkampf geführt werden. «Es geht um Richtungen und Grundüberzeugungen in der Politik», sagte Merz demnach.

Spekulationen um EU-Kommissar

Zu den Spekulationen, er könne als künftiger EU-Kommissar nach Brüssel gehen, sagte Merz: «Ich weiß nicht mehr als das, was in den Zeitungen steht.» Das Beste für die Union und einen Kommissar aus ihren Reihen sei ein gutes Ergebnis am Sonntag bei der Europawahl. «Dann wird niemand den Anspruch der Union ablehnen können, diese wichtige Position in Brüssel zu besetzen.» Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte Merz zuvor als «hervorragende Lösung» für einen Kommissarsposten bezeichnet.

Der früheren Fraktionschef kritisiert Merkels Steuerpolitik seit Jahren als zu wenig konsequent. Er hat keine Spitzenposten in Fraktion und Partei mehr inne und tritt im Herbst nicht mehr zur Wiederwahl in den Bundestag an. (afp)